

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend frühzeitig zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM., frei im Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zelle kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Geschäfts- und Vereins-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeterpreis für Anzeigen im Tertell beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Januar 1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr vormittags.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 14

Donnerstag, den 1. Februar 1934

27. Jahrgang.

Englands Vermittlungsvorschlag

Deutsche Heeresstärke von 300 000 Mann — Dienstzeit von 12 Monaten — Zubilligung von kleinen Kampfwagen — Landgeschütze bis zu 15,5 cm Kaliber

Neuaufbau des Reiches

Ausfretre des Reichsinnenministers Dr. Frit

Der 30. Januar 1934, der für das deutsche Volk ein Tag des Rückblicks auf ein äußerst arbeitsreiches und nicht minder erfolgreiches Jahr bedeutet, wird zugleich als der Beginn einer neuen, so Gott will, segensreichen Entwicklung in die Geschichte des deutschen Volkes eingehen. Denn das auf Grund der Erklärungen des Führers und Volkstanzlers in der gestrigen Reichstagskammer vom Reichstag einstimmig angenommene „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ bringt dem deutschen Volk endlich die langersehnte staatliche Einheit.

So lange es Deutsche gibt, so lange besteht wohl die Sehnsucht des deutschen Menschen, seinem Leben als ein Teil der äußeren geschlossenen staatlichen Form zu geben. Und doch ist in einer über tausendjährigen Geschichte des deutschen Volkes dieser Wunsch nur einmal erfüllt worden. Zur Zeit der Sachsen- und Frankenkaiser befand ein starker in sich geschlossener deutscher Nationalstaat, der in der Lage war, die gesamte Kraft des Volkes gegen seine Feinde zu wenden, um nach außen seine Grenzen zu schützen und im Innern dem Frieden zu dienen. Aber nur knapp zweihundert Jahre währte dieses erste Reich. Schon unter den Hohenstaufen begann trotz äußerem Glanz der Zerfall des Reiches, der erst in unseren Tagen sein Ende finden sollte. Die Kaiser begannen, der römischen Kaiserkrone mehr Wert beizulegen als ihrem deutschen Königtum. Sie verzettelten die Kraft ihres Volkes in immer neuen Kriegen mit dem Papst, mit Italien und sonstigen Gegnern ihrer Machtp Ansprüche außerhalb Deutschlands. Sie opferten deutsches Volkstum zugunsten einer Kaiserkrone, die ihnen äußeren Glanz, aber keine Macht verlieh, die sie zugunsten ihres Volkes anwenden konnten. Im Innern benutzten die Fürsten und die geistlichen Herren die allgütige Abwesenheit der Kaiser, um ihre eigene Hausmacht zu stärken. Die größer und stärker die Fürsten wurden, desto schwächer wurde der Kaiser. Um nur so eine starke Reichsgewalt zu verhindern, brachten es die Fürsten fertig, volksfremde Ausländer zu deutschen Kaisern zu wählen und sich mit dem Ausland zu verbinden.

Ein Blick auf die deutsche Landkarte des Mittelalters zeigt ein grauenvolles Bild der Zerrissenheit und Zersplitterung. Die Folgen dieser Entwicklung hatte das Volk selbst zu tragen. Der deutsche Boden wurde der Kriegsschauplatz Europas. Spanier, Schweden, Ungarn, Franzosen, Türken und Böhmen kämpften auf deutschem Boden und richteten ungeheure Verwüstungen an. Noch heute zeigen die Ruinen deutscher Burgen, Städte und Dörfer, wie bitter das Volk die Uneinigkeit und den Eigennutz seiner führenden Schichten zu büßen hatte. In Zusammenhang damit vernichteten Pest und andere Seuchen bestes deutsches Volkstum. Unter dem Druck des schrankenlosen Eroberers fand dieses machtlose, nur noch ein Schattendasein führende Reich am 6. August 1805 sein unumkehrliches Ende.

Auf den Taten der großen Preußenkönige, insbesondere Friedrichs des Großen, und auf den Opfern des Preußenvolkes in den Freiheitskriegen baute Bismarck sein zweites Reich. Wir wissen heute, was es in der deutschen Geschichte bedeutete. Es war ein Reich der Macht, der Ehre und der Würde, ein Reich, das der Verwirklichung des alten Traums der besten Deutschen nahe kam, sie aber nicht vollendete. Wir würden unsere historische Aufgabe verkennen, wollten wir die Fehler und Schwächen dieses Reiches verschweigen. Auch das zweite Reich ließ die Ländergrenzen, die durch Kriege und Heiraten unter den Fürstentümern entstanden waren, die daher nicht die Volkstämme, nicht die Landschaft und nicht die Wirtschaft berücksichtigten, unangetastet. Die Bundesstaaten behielten grundsätzlich ihre Selbstständigkeit, die sich zum Nachteil des Ganzen auswirkte. Der schwerste Fehler des zweiten Reiches aber war es, daß man es trotz weitgehender materieller Fürsorge nicht verstand, die Wahlen der deutschen Arbeiterkammer innerhalb des Staat zu verbinden und sie zusammen mit dem deutschen Bauern zu Trägern des neuen Staates zu machen. In diesem Fehler gipfelte das Ende am 9. November 1918 das zweite deutsche Reich.

Revolutionen nach verlorenen Kriegen haben nur dann einen geschichtlich gerechtfertigten Sinn, wenn sie gemacht werden, um die Kraft eines Volkes zur letzten Selbstbehauptung, zum äußersten Widerstand zusammenzufassen und rücksichtslos mit neuen großen Ideen den Neuaufbau des Staates zu beginnen. Von solchen Ideen war bei der Novemberrevolution nichts wahrzunehmen. Der Zweck der Novemberrevolution war nicht anders als einer kleinen, noch dazu vielfach volks- und rassenfremden Schicht die Macht in die Hände zu spielen. Man dachte an sich und seinen wirtschaftlichen Vorteil, aber nicht an das Volk. Man bereicherte sich und ließ das Volk hungern. Würdelos und feige dem feindlichen Ausland gegenüber, unterdrückte man brutal jede Regung eines deutschen

Freiheitswillens im Innern. In 14 langen Jahren hat das deutsche Volk die Folgen der Novemberrevolution zu spüren bekommen. Korruption, Klementinchen, Landeserrat, Demütigungen über Demütigungen kennzeichnen den Lebensweg Deutschlands in den letzten Jahren. Es gab sogar Zeiten unter diesem System, in denen die Reichsregierung selbst gefährdet war. Es gab Länder, die zeitweilig mit dem Gedanken einer Loslösung vom Reich spielten und durch ihre separatistische und föderalistische Politik der Welt das Zerbröckeln eines uneinigen zerfallenden deutschen Reiches boten.

In dieser Zeit begann der schlichte Deutsche Adolf Hitler sein historisches Ringen um die Seele des deutschen Volkes. 14 Jahre lang, unermüdet, allen Widerständen zum Trotz, eilend, zäh und unbeirrbar, fast allein stehend wachte er in immer neuem Anstrengung das deutsche Volk und gab ihm wieder den Glauben an sich, seine Kraft und seine Zukunft. Sein Appell verfallte nicht ungehört. Immer stärker und stärker wurde seine Volksbewegung, bis endlich gestern vor einem Jahr das Schicksal unserer Kampfrönte. Ohne Selbstüberhebung dürfen wir heute feststellen, daß in diesem einen Jahr Großes geleistet worden ist. Das ganze Volk ist von dem neuen Glauben erfüllt und arbeitet mit neuer Zuversicht und neuem Vertrauen am Aufbau des Dritten Reiches. Unmöglich alle Taten der Regierung Adolf Hitlers in diesem kurzen Rückblick richtig zu würdigen. Man denke nur an den erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, an die Bauernbefreiung, an den Einbau des deutschen Arbeiters in den Staat, an das große Werk der Vereinigung im Innern, die für die Zukunft unseres Volkes so bedeutungsvolle Erb-Gesundheitsgesetzgebung, an die mannhaft verteidigte Unabhängigkeit unserer Ehre und Gleichberechtigung dem Ausland gegenüber, und man wird zugeben müssen, daß in dem einen Jahr mehr aufgebaut worden ist als in den 14 Jahren des Systems.

Wohl die größte Leistung des Führers im vergangenen Jahr aber ist die Einigung, die Zusammenkunft der deutschen Völker zu einer Nation! Die Parteien, die das Volk über zehn Jahre lang auseinandergeredet und die deutsche Würde mit Füßen getreten haben, sind versöhnt! Parlamente, die ihre Aufgaben im Reden und Zerstreuen sahen, gibt es heute nicht mehr. Volk und Staat sind eins geworden! Zum erstenmal seit hundert Jahren gibt es in Deutschland zwischen Volkswillen und Staatsführung keine Gegensätze mehr! Was andere Völker seit langem begehren, und was zu schaffen man in Deutschland fast für unmöglich hielt, Adolf Hitler hat über alle Gegensätze hinweg die Nation geschaffen! Heute fühlt sich der einfache Mann aus dem Volk nicht nur als gleichberechtigter Staatsbürger, sondern auch als für das deutsche Schicksal gleichverantwortlich! Nicht eine dünne Schicht ist der Träger des Staatsgedankens, sondern das ganze Volk in allen seinen Ständen und Berufen. Das ist das Große an unserer Zeit, daß wir in jedem Deutschen den Volksgenossen sehen dürfen, der mit uns im gleichen Geist an einem Werk, in seinem Beruf, mit seinen besten Kräften am Wiederaufbau Deutschlands mitarbeitet.

Es ist klar, daß diese neue Einigkeit im deutschen Volk gebieterisch auch nach der ihr gemäßen äußeren Form des vollen Zusammenlebens verlangt. Wie in unserer Zeit für Parteien und Parlamente kein Platz mehr ist, und diese überholten Formen einer überwundenen Zeit unter der Zustimmung von neun Zehnteln des deutschen Volkes verschwanden, so erfordert die Einigung im deutschen Volk zwangsläufig die Beilegung auch der letzten Schranken, die sich dem reiflichen Zusammenfluß aller Deutschen noch entgegenstellten könnten.

Die historische Aufgabe unserer Zeit ist die Schaffung des totalen nationalen Einheitsstaates anstelle des bisherigen Bundesstaates. Für Länder im bisherigen Sinn und für Landesgrenzen ist im neuen Deutschland kein Platz mehr! Wenn in der Nacht vom 12. zum 13. November vorigen Jahres nach dem überwältigenden Befehl des Volkes zur Nation deutsche Jungen die Grenzpfähle zwischen deutschen Ländern niederlegten, so sehen wir in dieser spontanen Tat den Ausdruck des einheitslichen deutschen Staatswillens! Niemand wird verkennen, daß auch die Länder sich geschichtlich Verdienste, besonders auf kulturellem Gebiet erworben haben. Der in der Tradition verwurzelte Nationalsozialismus ist der letzte, der das nicht anerkennen wollte! Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß eine neue Zeit ihre eigenen neuen Ausdrucksformen verlangt. Es geht nicht an, daß bei dem herrlichen inneren Zusammenfluß des deutschen Volkes, bei dieser überwältigenden inneren Wandlung des deutschen Menschen eine aus dem Mittelalter stammende äußere Zersplitterung der deutschen Gebiete weiterhin beibehalten wird. Wollen wir, wie das Volk es am 12. November vorigen Jahres bekannte, den starken geschlossenen völkischen Staat, so dürfen wir nicht aus Riecht, Sentimentalität oder lieber Gewohnheit an Einrichtungen und Formen fest-

halten, die zu anderen Zeiten und unter anderen Voraussetzungen geschaffen wurden, deren Zeit aber nun erfüllt ist. Sie können heute als Anreiz zu volksfeindlichen monarchistischen Parteibestrebungen sogar schädlich wirken.

Dieser Wille, der jetzt nach Gestaltung ringt, entspricht der uralten, tausendjährigen deutschen Sehnsucht nach dem starken einheitslichen Staat. Das „Gesetz zum Neuaufbau des Reiches“ gibt diesem Willen den äußeren staatsrechtlichen Ausdruck. Das gestern vom Reichstag beschlossene und vom Herrn Reichspräsidenten verkündete „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ bestimmt in Artikel 1, daß die Vertretungen der Länder aufgehoben werden. Damit wird der Zustand, wie er bereits seit dem 14. Oktober 1933 tatsächlich bestand, gesetzlich sanktioniert. Die Reichstagsauslösung vom 14. Oktober 1933 hatte die Auflösung der Landtage zur gesetzlichen Folge. Die Neuwahl der Landtage unterlieh. Mit der Beilegung der Landtage haben die Länder ihre souveräne Grundlage gänzlich verloren, nachdem die ursprünglichen Träger ihrer Souveränität, die Bundesfürsten, bereits im November 1918 verschwunden waren.

Aus dieser Tatsache zieht Artikel 2 den folgerichtigen Schluß, daß die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergehen, und daß die Landesregierungen der Reichsregierung unterstehen. Wenn auch die Weimarer Verfassung die Rechte der Bundesstaaten der Bismarckschen Verfassung ganz erheblich beschnitt, so ließ sie doch immerhin diese Gebilde trotz Beilegung der Dynastien als Länder mit einer gewissen selbstständigen Staatsgewalt bestehen. Von heute an gibt es keine selbständige Landeshoheit mehr. Träger der gesamten Staatsgewalt ist ausschließlich das Reich.

Der Einheit des nationalen Willens entspricht die Einheit der Staatsführung. Für alle Zeiten ist damit irgendwelchen separatistischen oder föderalistischen Bestrebungen ein verfassungsmäßiger Riegel vorgeschoben. Deutschland ist aus einem Bundesstaat zum Einheitsstaat geworden, auch wenn die praktische Durchführung des neuen Gesetzes noch Jahre erfordern wird. Die Landesregierungen sind von heute an nur noch Ausführungsorgane des Reiches. Sie behalten zwar vorerst ihre bisherigen Zuständigkeiten, sind dabei aber verpflichtet, Anordnungen der Reichsregierung durchzuführen. Die weitere organische Entwicklung wird sich ohne Störung der laufenden Verwaltungstätigkeit gemäß Art. 4 des Gesetzes durch Gelehe der Reichsregierung und gemäß Art. 5 durch Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften des Reichsinnenministers vollziehen.

Das Reichstatthaltergesetz hatte die Regelung der Dienstaufsicht über die Reichstatthalter offengelassen. Durch Art. 3 des Gesetzes wurde daher die Dienstaufsicht dem sachlich zuständigen Reichsminister des Innern übertragen. Die Dienstaufsicht umfaßt auch das Recht zur Erteilung von Anweisungen im allgemeinen und im Einzelfall.

Nach dem sogenannten Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 konnte die Reichsregierung auch verfassungsändernde Gelehe beschließen, sie war dabei aber an gewisse Schranken, so insbesondere hinsichtlich des Reichstages und des Reichsrats gebunden. Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 beilegt diese Einschränkungen und gibt der Reichsregierung für den verfassungsmäßigen Neuaufbau des Reiches uneingeschränkte Vollmacht.

Mit diesem Gesetz ist der Reichsregierung nach dem Willen des deutschen Volkes eine Machtergreifung in die Hand gegeben, wie sie keine Regierung vor ihr je gehabt hat. Getreu ihrem Willen, nur Deutschland zu dienen, wird die Reichsregierung dieses Gesetz nur im Dienst an Volk und Vaterland anwenden. Sie wird auf Grund des Gesetzes die Maßnahmen treffen, die zum Neuaufbau des Reiches erforderlich sind, und die der inneren Wandlung des Volkes zur Nation entsprechen. Sie wird sich aber bei allen ihren Schritten leiten lassen von dem Gefühl tiefer fittlicher Verantwortung vor Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes! Die Männer, die unter der genialen Führung Adolf Hitlers am Neuaufbau des Reiches arbeiten, wollen nichts für sich. Sie fühlen sich, wie einst der große Preußenkönig, nur als die ersten Diener des Staates, und wie sie mit dem Volk und durch das Volk in die Regierung berufen worden sind, so werden sie ihre Arbeit leisten allein für das Volk und seine bessere Zukunft!

An das ganze Volk aber ergeht der Ruf, dem Führer und seiner Regierung in den kommenden Monaten und Jahren so treu zur Seite zu stehen wie in dem jetzt abgelaufenen Jahr. Unsere Generation ist berufen, endlich den nationalen Einheitsstaat zu schaffen! Was unseren Vätern nicht gelang, wir sollen es schaffen und als vollendetes Reich denen hinterlassen, die nach uns kommen! Seien wir glücklich, daß uns das Schicksal dieser gewaltigen Aufgabe für würdig befunden hat! Seien wir uns klar, daß mit dem heutigen Tage eine neue Epoche deutscher Geschichte beginnt.

Spangenberg den 1. Februar 1934.

Gedanken zum Sonntag

Seld nicht träge in dem, was ihr tun sollt. „Seld nicht träge in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an dem Glauben, der euch zum lebendigen Glauben, der den Himmel erbt, führt.“ „Ihr thut nicht, was ihr sollt.“ „Ihr thut nicht, was die Erde bringen mag, an dem Platz, an den er gestellt ist, das ist nicht, was der heilige Verus ist auch ein Gottesdienst, der nicht, was der heilige Verus ist, denn ihm nicht nur in Stunden, sondern in seinem täglichen Willensentscheidungen, der ihr thut, nicht, was ihr sollt.“ „Ihr thut nicht, was die Erde bringen mag, an dem Platz, an den er gestellt ist, das ist nicht, was der heilige Verus ist auch ein Gottesdienst, der nicht, was der heilige Verus ist, denn ihm nicht nur in Stunden, sondern in seinem täglichen Willensentscheidungen, der ihr thut, nicht, was ihr sollt.“ „Ihr thut nicht, was die Erde bringen mag, an dem Platz, an den er gestellt ist, das ist nicht, was der heilige Verus ist auch ein Gottesdienst, der nicht, was der heilige Verus ist, denn ihm nicht nur in Stunden, sondern in seinem täglichen Willensentscheidungen, der ihr thut, nicht, was ihr sollt.“

X Die neue deutsche Arbeitsfront. Die hiesige Ortsgruppe der NSD und deutschen Arbeitsfront hatte im letzten Abend den Kreisleiter der N. S. D. nach sich geführt, um einmal grundlegenden Austausch über die alte und neue Organisation der Arbeitsfront und der NS-Volksgemeinschaft „Kraft durch Freude“ zu erhalten. Nach einer kurzen Ansprache des Ortsgruppen-Vorstandes, des hiesigen Leppers über den Unterschied der früheren Gewerkschaften und der heutigen Arbeitsfront führte uns der Betriebszellenobmann Schneider zurück in die französische Revolution, die sich in ihrer Auswirkung ganz bedeutend von der des deutschen Volkes in 1933 unterschied. Er kam sodann auf den Marxismus und Liberalismus zu sprechen mit der Feststellung, daß sich beide Annahmen wohl äußerlich bekämpfen, aber innerlich die Hand reichen und so veraltet die vorerst gesund aufgebauten Gewerkschaften zermürbt und in falsche Geleise geführt werden. Die Gewerkschaften bildeten für den Deutschen Arbeiter keinen Schutz mehr, sondern eine große Gefahr. Er fand die alten Gewerkschaften zerfallen und die Desorientierten in die Deutsche Arbeitsfront überführt. Gewerkschaft ist gekleinet und gewalttätige Aufgaben stehen nach vor. Es soll und muß soweit kommen, daß durch die Deutsche Arbeitsfront eine Volksgemeinschaft geboren wird, die sein Volk der Erde zu verzeichnen hat. Die heute darüber hierfür ist durch die vor einigen Tagen erfolgte Reorganisation gegeben. Man hat die NS-Volksgemeinschaft „Kraft durch Freude“ geschaffen, die den Feierabend des deutschen Arbeiters — ganz gleich ob Arbeiter oder der Stier — mit Freude ausgestaltet. Im Spannungswort diese Gemeinschaft in der nächsten Zeit ihre Ziele aufnehmen und hoffentlich auch das große Ziel, ihr gesteckt ist, erreichen. Dem Redner wurde am Ende große Beifall gezollt. Aus der Mitte wurden dann eine Reihe Fragen gestellt, die klar beantwortet wurden. Im übrigen gingen wohl alle anwesenden Arbeiter mit den gemachten Ausführungen einig. Wenn etwas in Bezug auf Volksgemeinschaft für die Arbeiter unverständlich geblieben ist, so wohl das, daß an diesem Abend die geschlossene NS-Fagge vermischt, doch ebenfalls Mitglied der Deutschen Arbeitsfront und dadurch der erstrebten Volksgemeinschaft angeschlossen soll.

3. **Förstliches.** Herrn Förster Hartmann, der seither an der hiesigen Forstschule tätig war, ist mit dem heutigen Tage die Försterei Dörnboch übertragen worden. An seine Stelle kommt ein ehemaliger Feldwebel des 15. Inf.=Regt. Kassel — Reichswehrförster Glaser.

Postkastenfürsorgung. Mit dem heutigen Tag wurde die Postfiliale in Lüssi Reil an den Postamt Lamm, Rhön, Bayern, übergeben. Früher Reil war seit dem Jahre 1918 als freundlicher und hilfsbereiter Wesens allgemein beliebt. Wir wünschen ihr im neuen Wirkungskreis alles Gute und ungetrübte Freude im Beruf. Wie wir weiter erfahren, wird der freigewordene Beamtenstell nicht wieder besetzt, weil der Verfehr geringer geworden ist und mit Einrichtung des Selbstankunftsbüros eine Stelle überflüssig wird.

Nationalsozialistische Gedächtnisfeier. Am Montag des Vierzehntages des Tages der Verfassung Adolf Hitler zum Führer des Deutschen Volkes, veranstaltete die Ortsgruppe der NSDAP am Dienstag im Saale des „Königlichen Baum“ eine feierliche Gedächtnisfeier. Nach einem vorangehenden Gottesdienst in unserer Stadtkirche, in welcher: Mittelpunkt die Predigt von Pfarrer Dr. Bachmann stand, versammelten sich die Ortsgruppe und Freunde der Bewegung im oben erwähnten Saal. Mit dem Gesang des

Wieder „Der Gott der Eisen wachsen ließ“ wurde die Feterkumbe eröffnet. Die Kapelle der Fochschule verkündete den Abend durch schneidende Marschmusik. Hierauf sprach Pg. Ortsgruppenleiter Fennner und gedachte des 30. Januar 1938 als eines geschichtlich bedeutungsvollen Tages. Großes haben wir im vergangenen Jahr unter nationalsozialistischer Führung erlebt. Unsere Dankbarkeit unserem Führer gegenüber können wir nur dadurch beweisen, daß wir ihm die Treue halten und an seinen Zielen mit allen Kräften mitarbeiten. Die Ausführungen von Pg. Fennner fanden unter dem Eindruck der großen Reichstagsrede des Führers, die in einzelnen Teilen nochmal unterstrichen wurde. Das Deutschland- und Gott-Messe-Lied bildeten den Schluß der schönsten Feterkumbe.

Schwerer Grubenunfall. Auf der Guido-grube in Hün-
derheide ereignete sich ein schwerer Grubenunfall. Zwei
Zimmerheuer waren mit dem Legen von Schienen unter-
beschäftigt, als sie plötzlich von einem Kohlenfall über-
fallen wurden. Beide wurden von den herabsinkenden
Stemmassen begraben. Während der Zimmerheuer Ku-
per auf der Stelle tot war, wurde der Zimmerheuer Korbelt
einer schweren Bedenquerschnung geboren.

Der Vaponner Skandal. Die beiden amtlich bestellten Begutachter in der Vaponner Skandalaffäre haben ihre Arbeiten beendet. Sie erklären, daß die in Vaponne verpfändeten Schmuckstücke einen Wert von etwa 700 000 Francs hätten, während sie von dem Begutachter der Kreditanstalt, Cohen, der augenblicklich in Untersuchungshaft sitzt, auf 15 Millionen Francs geschätzt wurden.

Schwere Feuersbrunst in New York. Bei zwei großen Feuersbrünsten in New York wurden 28 Feuerwehrleute verletzt, 12 von ihnen schwer. Es herrschte ein Sturmwind von über 100 Kilometer Stundenleistung. Die Räfte war so stark, daß zehn Feuerwehrleute wegen Erfrierungen in ärztliche Behandlung genommen werden mußten. Sechs andere waren von der Räfte so erlarrt, daß sie außerstande

Es ist kein Zufall; gerade in den letzten Kriegsjahren und in der Niedergangszeit der Inflation wurde die Frage dringend: Ist es zu verantworten, für die Erhaltung gänzlich unwerten Lebens Kräfte und Mittel aufzuwenden zu einer Zeit, in der das Volk alle Reserven zur nationalen Selbsterhaltung braucht? Damals forderte eine aufsehenerregende Schrift nichts weniger als die freigabe der Vernichtung unwerten Lebens. Mit Recht wurde und wird noch heute als greller Mißklang empfunden: Krieg, Bergbau, Industrie opfern massenhaft den teuersten Gut der Menschheit. Auf der anderen Seite werden mit größter Sorgfalt Existenzen gepflegt, die nicht nur absolut wertlos, sondern sogar negativ zu werten sind.

waren, als durch Gluck zu retten als eine 20 Meter hohe Mauer einstürzte. Den Bränden fielen zwei Hotels, zwei Tanzhallen und ein Sporthaus für Vorkämpfe zum Opfer. 200 Personen sind obdachlos geworden. Der Schaden beträgt 400 000 Dollar. Bisher sind 20 Todesfälle infolge der ungewöhnlichen Kälte zu verzeichnen.

Katastrophale Schneeschmelze in Chile. Die katastrophalen Ueberflutungen infolge der außergewöhnlich starken Schneeschmelze in den Bergen an der chilenisch-argentinischen Grenze haben bisher rund 100 Todesopfer gefordert. Der Alconcagua, der höchste Gipfel Südamerikas, verlor seinen Mantel von „ewigem Schnee“. Sämtliche Verkehrsmittel in diesen Gegenden wurden lahmgelegt. Brücken, Straßen, Kraftwerke und teilweise auch Schiffshäfen wurden zerstört.

Zwei italienische Ozeanflieger verlegt. Von der Belagung des im brasilianischen Staate Parana notgelandeten italienischen Postflugzeugs find der Telegraphist und der Mechaniker verlegt worden. Das Flugzeug hat sich bei der Notlandung überschlagen. Die Belagung hatte sich zur Notlandung entschlossen, nachdem sie entdeckt hatte, daß durch Mißverstehen einer funktentelegraphisch aufgenommenen Wettermeldung eine falsche Flugrichtung eingeschlagen worden war.

Berlin 1. Februar.

Dr. v. Renteln wurde vom Führer empfangen. In seiner Begleitung befand sich der neu ernannte Reichshandwerkerführer Schmidt-Wiesbaden und dessen Stellvertreter Karl Zelenn.



*Aus Pfennigen
wird Brot!*

Opfert für Eure

Volksgenossen

mit der Ueberwachung der geistigen und weltanschaulichen Schulung.

Der Führer hat neben folgende Verfügung erlassen:

„Auf Vorschlag des Stabsleiters der PD. beauftragt ich den Pg. Alfred Rothenberg mit der Ueberwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände, so wie des Werkes „Kraft durch Freude“. Die Funktionen des Reichsschulungsleiters, Pg. Otto Gohdes, werden hierdurch nicht berührt.“

Unterzeichnet ist die Verfügung von Adolf Hitler und Staatsrat Dr. Ley.

Berlin, 1. Februar.

Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie Freiherr von Hammerstein, hat aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Reichsheer folgenden Aufruf erlassen:

„Am Tage meines Auscheidens danke ich jedem einzelnen Offizier, Unteroffizier und Mann für ihre Arbeit, für ihre Leistung und für ihre Geinnung. Mein Dank gilt in gleicher Weise allen denen, die als Beamte, Angestellte und Arbeiter für das Heer wirkten. Solange das Heer dem deutschen Volk vorlebt in Disziplin und Hingabe, wird unser Weg aufwärts gehen.“

Der neue Chef der Heeresleitung, General der Artillerie Freiherr von Fritsch, gibt bekannt:

„Durch das Vertrauen des herten Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls von Hindenburg an die Spitze des Heeres berufen, übernehme ich mit dem heutigen Tage den Befehl. Ich lue dies in dem festen Willen, das Heer so zu führen, daß es, ruhmreicher Ueberlieferung folgend, auch zukünftig in selbstloser und vorwärtstrebender Pflichterfüllung das feste Rückgrat unseres neugezeinteten Reiches ist.“

In letzter Zeit sind durch katholische Kanzelanfordungen

In letzter Zeit sind durch katholische Kanzelanfordigungen Zweifel erregt worden, ob das Geheiß zur Verhütung erblichen Nachwuchses gemäß den eindeutigen Erklärungen der Reichsregierung durchgeführt wird. Bei diesen Anfordigungen handelt es sich lediglich um eine lehrmäßige Stellungnahme der katholischen Kirche, die den Staat nicht hindern wird, das von ihm für notwendig erkannte Geheiß in vollem Umfange auszuführen. Rundgebungen, die eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Reichsgeheiß gleichkommen, werden unterbunden.

Moskau, 1. Februar

Der zu einem Skatophärenfug aufgelegene russische Ballon „Sirius“ war mehrere Stunden nach seinem Aufstieg völlig verpufft. Mit Hilfe von Flugzeugen und unter Benützung von Scheinwerfern wurden umfangreiche Ermittlungen nach dem Verbleib des Ballons angestellt. Nach stundenlangem Suchen wurde dann die Gondel in der Nähe des Dorfes Potiufy an der Bahnhinie Mostau—Sagen aufgefunden. Die drei Insassen Zeleofemo, Onjifin und Walefno waren tot. Man nimmt an, daß die Gondel vom dem Ballon abgerissen und niedergefällt ist.

London, 1. Februar. Die bisher festgestellte Zahl der

London, 1. Februar. Die bisher festgestellte Zahl der Todesopfer bei dem schweren Erdbeben in Indien beträgt einer in London eingelaufenen amtlichen Mitteilung zufolge 8940. Die ersten Schätzungen, wonach etwa 4000 Menschen getötet worden seien, sind damit weit übertrieben worden. Am meisten hat die Stadt Muzzafarpur gelitten, wo es 1920 Tote gab.

Frankfurt a. O. 1. Februar

Im Krankenhaus verstarb an den Folgen eines kürzlich erlittenen Kraftwagenunfalls Staatsrat Rittmeister von Morozowicz-Wuhden.

Erfhard von Morowicz-Wudzen, am 14. April 1893 in Berlin geboren, trat als Fahnenjunker in das 3. Manenregiment Infanterie ein und wurde 1913 in Deutschland verabschiedet. Nach dem Krieges schied er mit dem Charakter als Rittmeister aus. Er schloß sich dann der Stahlhelmbewegung an und wurde Landesführer der Provinz Brandenburg. Im April 1932 wurde er Landtagsabgeordneter der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot. Wahlkreis Frankfurt (Oder), legte aber bereits im August sein Mandat nieder. Morowicz schied sich an der Herstellung eines engeren Verbindnisses zwischen SA und Stahlhelm hervorragend beteiligt. Im April 1933 wurde er in den Preussischen Staatsrat berufen und zum Gruppenführer beim Stabe der Obersten SA-Führung ernannt.

In der Nacht ereignete sich zwischen Strausberg und Prögel ein furchtbares Kraftwagenunglück, dem der Führer des Sturmbannes 1V/27, Sturmbannführer Kurt Hölzel aus Wiesen, und sein Adjutant, Sturmführer Ernst Klee aus Wiesen, zum Opfer fielen. Sturmbannführer Hölzel wurde schwerer verletzt ins Strausberger Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb. Sturmführer Klee war sofort tot. Der dritte Insasse des Wagens, SA-Mann Behold, wurde schwer verletzt.

Berlin, 31. Januar

Reichsminister Dr. Frick wird am heutigen Mittwochsabend von 20.15—20.45 Uhr über alle deutschen Sender zu dem am Dienstagnachmittag vom Reichstag und Reichsrat einstimmig angenommenen Gesetz über den Neuaufbau des Reiches sprechen.

Die von der Partei gehaltenen Zeitungen kommen im Vorzimmer der Stadtverwaltung zum Aushang und können dort von jedermann gelesen werden.

Der Ortsgruppenleiter.

Spangenberg Zeitung.

Blatt für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Verleger: Buchdruckerei Hugo Munzer
Kernsprecher Nr. 27
Abonnementspreis pro Monat 2.00 RM. frei
Post, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“,
„Der kleine Mann“, „Praktische Ratschläge für die
Landwirtschaft“, „Unterhaltungsbilder“
Gewalt mit kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Die Wilmmer-Anzeigen-Beile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig.
Gesamtwert: Die Wilmmer-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Wilmmer-
preis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 10 mm Spaltenbreite 12 Reichs-
pfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der am 1. Januar
1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis
9 Uhr vormittags.

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Samstag, den 4. Februar 1934

27. Jahrgang.

Kommunistischer Zememord

Ein Hauptbelastungszeuge in dem Hochverratsprozeß gegen Thälmann beseitigt

Erfolgreiche Marktpolitik

Wirtschaft der Woche

Die erste eindrucksvolle Rundschau hat Reichsmini-
ster Dr. Brüning am Sonntag, den 2. Februar, im Reichstags-
saal gegeben. „Abendgespräch“ mit dem Reichs-
minister für Wirtschaft, Dr. Brüning, der die Lage der
Wirtschaft, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“,
„Der kleine Mann“, „Praktische Ratschläge für die
Landwirtschaft“, „Unterhaltungsbilder“
Gewalt mit kein Schadenersatz geleistet.

Kommunistischer Zememord

Vier Funktionäre auf der Flucht erschossen

Potsdam, 3. Februar.

Dem geheimnisvollen Verbrechen an dem Tischer Katt-
ner in Nowawes sind die Beamten der Staatspolizei-
stelle Potsdam, die sofort im Einvernehmen mit dem Geheimen
Staatspolizeiamt die Ermittlungen aufnahmen, sehr bald
auf die Spur gekommen. Schon jetzt ist festgestellt worden,
daß der noch nicht gefasste Mörder des Tischer Kattner
in Verbindung mit dem noch nicht restlos zerklüfteten kom-
munistischen Geheimapparat in Verbindung gestanden haben
muß.

Der ermordete Tischer Kattner war früher leitender
Funktionär in der KPD und ein naher Vertrauensmann
Thälmanns. Auf Grund seiner bisher gemachten Aus-
sagen war er der Kronzeuge in dem bevorstehenden Hoch-
verratsprozeß gegen Thälmann; durch die Befun-
dungen Kattners sollte erneut das Hoch-
verratsverbrechen der Kommunisten unter Beweis gestellt werden.
Von kommunistischer Seite war Kattner wiederholt aufge-
fordert worden, nach Rußland zu gehen. Kattner leistete
diesem Befehl nicht Folge, weil er befürchtete, in Rußland
ums Leben gebracht zu werden. Nunmehr befolgt der kom-
munistische Geheimapparat, Kattner durch Zememord zu
beseitigen. Die illegale kommunistische Bezirksleitung Ber-
lin-Brandenburg hatte die Tat durch Rundschreiben, eine
fogen. schwarze Liste, vorbereitet. In dieser schwarzen Liste
wurde gegen Kattner und andere Kommunisten zu Ge-
walttätigkeiten aufgerufen.

Im Zusammenhang mit den in der Sache geführten
Ermittlungen sollten vier kommunistische Spionagemitarbeiter,
die sich schon seit einiger Zeit in Haft befinden, über die
Art der Vorbereitung des Zememordes Auskunft geben. Aus
diesem Grunde wurden diese vier Kommunisten von Berlin
aus zur Staatspolizei Potsdam zu Gegenüberstellungen
und Vernehmungen übergeführt.

Auf dem Transportstrassen sie beim Passieren des
Jogen. Kilometerberges in Wanssee aus dem Kraftwagen,
der infolge der Stille sehr langsam fahren mußte und ver-
suchten, im angrenzenden Waldgelände zu entkommen. Die
Polizeibeamten nahmen sofort die Verfolgung der flüchten-
den Kommunisten auf. Als diese auf mehrmalige Halt-Rufe
nicht standen, sondern ihrerseits gegen die Beamten mit
Gewalt vorzugehen versuchten, feuerten diese in ihrer Be-
drängnis in pflichtgemäßen Ermessen aus ihren Dienst-
waffen auf die Kommunisten, die gestossen zu Boden sanken
und bald nach dem Nachhinein an ihren Verletzungen
starben.

Ein Kriminalassistent ist durch einen von einem Kom-
munisten erhaltenen Faustschlag im Gesicht erheblich ver-
letzt. Bei den Erschossenen handelt es sich um die Kom-
munisten John Scher, Erich Steinhardt, Eugen Schönhaar
und Rudolf Schöner.

Der von kommunistischer Seite verübte Zememord zeigt
mit aller Deutlichkeit, daß die KPD, in ihren verbreche-
rischen Untertun auch heute vor Morden nicht zurückkriecht.
Der Tischer Kattner war gerade im Begriff, der Polizei
die Mörder der vor einigen Jahren auf dem Bülow-Platz
in Berlin ermordeten Polizeioffiziere Anlauf und Lent an-
zugeben.

Dollfuß droht!

Ablehnende österreichische Stellungnahme zur Antimortnote.

Wien, 3. Februar.

Das Wiener Kabinett hat in einer mehrstündigen Sitzung
den Inhalt der dem österreichischen Botschaften in Berlin
übermittelten Antimortnote der Reichsregierung zu dem öster-
reichischen Schritt vom 17. Januar dieses Jahres geprüft.
Ueber die Beratungen des Kabinetts, das unter dem Vor-
sitz von Dr. Dollfuß tagte, wurde folgende amtliche Verlaut-
barung der österreichischen Regierung veröffentlicht, welche
so recht beweist, welchen unendlichen Russ Dollfuß steuert:

„Die Antwort der deutschen Reichsregierung auf den
österreichischen Schritt in Berlin vom 17. Januar dieses
Jahres ist in den letzten Abendstunden in Wien angelangt
und wurde dem zu dieser Stunde noch tagenden Ministerrat
zur Kenntnis gebracht. Der Ministerrat mußte aus der
Antwort der deutschen Reichsregierung mit Bedauern ent-
nehmen, daß auch dieser Versuch der österreichischen Bun-
desregierung, den Konflikt unmittelbar zwischen den bei-
den deutschen Staaten zu bereinigen, bei der deutschen
Reichsregierung kein Verständnis gefunden hat. Die Ant-
wortnote der deutschen Reichsregierung trägt den von der
österreichischen Bundesregierung erhobenen Beschwerden in
seiner Weise Rechnung und begnügt sich damit, die einzel-
nen Beschwerdepunkte einfach in Abrede zu stellen.“

Aus diesem Grunde hat der Ministerrat die deutsche
Antwortnote einseitig für unbefriedigend gefunden. In
dem zuverlässigen Vertrauen auf das gute Recht und in
einmütiger Entschlossenheit wird die Bundesregierung unter

jurung des Bundeskanzlers Dollfuß nunmehr den Weg
weitergehen, der ihr durch die Verhältnisse aufgezwungen
ist.“

„Strafexpeditionen“ der Heimwehr

Die Führer der Heimwehren Tirols haben beim Lan-
deshauptmann Dr. Stumpf die Forderung erhoben, dem
Landeshauptmann einen von den Parteien unabhängigen
Landesausschuß zur Seite zu stellen, der aus Vertretern der
Heimwehr, der Österr. Nationalsozialisten und des Bauern-
bundes zusammengeleitet werden soll. Die Heimwehrführer
verlangten ferner rücksichtslose „Säuberung“ aller Aemter
von allen des „Nationalsozialismus verdächtigen Ele-
menten“. Alle „Nationalsozialistischen Verbände“ sollen aufgelöst
und die Nationalsozialisten zur Bezahlung aller irgendwie ent-
standenen Schäden verpflichtet werden. Es hat den An-
schein, als ob diese Forderungen von der Regierung erfüllt
werden.

In Tirol sind insgesamt 8000 Mann Heimwehr zur
Durchführung der angekündigten Strafaktion aufgeboden
worden. Eine ähnliche Säuberungs- und Strafexpedition
plant man auch für Oberösterreich; die Aktion soll später
auf das ganze Land Salzburg ausgedehnt werden. Wie
verlautet, beabsichtigt die Regierung, Sicherheitskommissare
bei allen Bezirkshauptmannschaften zu ernennen. U. a.
rechnet man mit der baldigen Einsetzung eines Regierungs-
kommissars für Graz und mit der Auflösung des dortigen
Gemeinderats.

Amerikas Meinung

„Angemessener Ausbau der deutschen Landesverteidigung
keine Aufrüstung.“

Die amerikanische Regierung studiert mit großer Auf-
merksamkeit die inhaltliche Zusammenfassung der britischen
Abfertigungsentscheidungen, die der britische Vizekanzler dem
Außenminister Hull übergeben hat. Eine offizielle Stel-
lungnahme der Regierung wird abgesehen, und zwar mit
der Begründung, daß die von London und Rom ausgehenden
Vorschläge mehr denn je erwiesen, daß es sich noch im-
mer um ein rein europäisches politisches Problem handelt,
am die Einigung zwischen dem deutschen und dem fran-
zösischen Standpunkt. Unter keinen Umständen wollen die
Vereinigten Staaten sich in diese Dinge mischen, wenn sie
auch dringend hoffen, daß die deutsche und die französische
Regierung bald zu einem Kompromiß gelangen möchten.

Offenbar als Wirkung der britischen und der italieni-
schen Stellungnahme ist eine gewisse Verringerung der bishe-
rigen starren abweisenden Haltung der amerikanischen Re-
gierung gegenüber einem Ausbau der deutschen Rüstungen
zu erkennen. Dem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros
wurde von zuständiger Seite erklärt, daß die Vereinigten
Staaten selbstverständlich keinerlei Interesse daran hätten,
Deutschland wehrlos zu erhalten. Man würde nur eine Si-
tuation bedauern haben, die Frankreich zu dem Entschluß
gebracht hätte, seine bereits so starke Rüstung noch weiter
zu steigern. Sollte sich also eine Lösung finden lassen, die
Deutschlands Wünsche auf einen angemessenen Ausbau sei-
ner Landesverteidigung erfüllt und gleichzeitig Frankreich
veranlaßt, seine Rüstung nicht zu vergrößern, so würde das
in Washington nicht als Aufrüstung Deutschlands aufge-
faßt werden.

Zur Frage des Ausbaues der amerikanischen Kriegs-
flotte wurde erklärt, Amerika habe 1921 freiwillig den
größten Teil seiner Kriegsschiffe zerstört und jahrelang nicht
einmal die Ersatzbauten ausgeführt, die im Washingtoner
und im Londoner Flottenpakt zur Erhaltung des Verhält-
nisses 5 : 5 : 3, England, Amerika, Japan, vorgegeben wa-
ren. Jetzt nahe die nächste Flottenkonferenz heran. Es be-
stehe die Möglichkeit, daß der Vertrag nicht erneuert
werde, oder daß das Verhältnis Amerika-England-Japan
von Japan nicht mehr weitergeführt werde. England und
Japan hätten im Rahmen der Flottenpakete ihre Kriegsschif-
ten ausgebaut und befäßen außerdem mehr Hilfskriegs-
schiffe als die Vereinigten Staaten. Es sei daher hohe Zeit,
das Verältnis nachzuholen, damit beim Ablauf der gegen-
wärtigen Flottenpakete Amerika wenigstens einermäßen
den Stand halte, den die Pakte ihm zugesprochen hätten.

General Tilly von Tische 4.

Kurz nach Vollendung seines 80. Lebensjahres starb
General der Infanterie a. D. Tilly von Tische und Wei-
denbach. 1913 zum Kommandierenden General des 8. Ar-
meekorps (Koblenz) ernannt, führte er im Weltkrieg dieses
Korps in ununterbrochenem Siegeslauf durch Belgien und
Frankreich bis zur Marne und erhielt den Roten Adleror-
den 1. Klasse mit Schwertern. Das Jahr 1915 sah ihn dann
in Polen, wo er dem Generalfeldmarschall von Hindenburg
für die Verwaltung in Polen zur Verfügung gestellt worden
war. Nachdem sein Sohn im Juni 1916 als Fliegeroffizier
gefallen war, erbte er seinen Abchied, wurde aber Ende
1916 zum Militärkommandanten in Rumänien ernannt. Seit
1918 lebte er auf seinem Rittergut Ober-Rangenöls.

Eine durchgreifende Regelung wurde in der Stickstoff-
industrie getroffen. Die große Leistungsfähigkeit der deut-
schen Stickstoffindustrie, die noch lange nicht voll ausgenutzt
ist, haben den Reichswirtschaftsminister veranlaßt, die Neu-
ausstellung weiterer Stickstoffanlagen zu verbieten. Damit
ist eine für die deutsche Wirtschaft von besonderer Be-
deutung ist, gewährleistet. Eine solche Regelung war aber
auch unbedingt notwendig, nachdem diese Industrie ihren
Preissteigerungen seit 1925/26 von 100 auf rund 70 gesenkt hat,
wobei die deutsche Landwirtschaft im Jahresdurchschnitt
um mehr als 56 Millionen RM entlastet wurde. Ueber-
haupt ist interessant, daß die Stickstoffindustrie in dem Han-
delsverhältnis mit Chile infolge einer Rolle spielt, als auf
dem Gebiete des Chilesalpeters den Chilenen gegenüber der
bisherigen Regelung gewisse Vorteile eingeräumt sind.

Ein erfreuliches Zeichen der Wirtschaftsentwicklung
Deutschlands ist die weitere Erhöhung der Spareinlagen bei
den preussischen Sparkassen im Dezember 1933. Abhilfe-
find kann für das Jahr 1933 eine Spareinlageerhöhung
von 25 Millionen RM festgestellt werden. Auch in der Pri-
vatwirtschaft macht die Wirtschaftsbelebung Fortschritte. Be-
sonders erfreulich sind die zahlreichen Arbeiterentlassungen,
die in der letzten Zeit erfolgen konnten. So haben die
Bayerischen Stickstoffwerke eine größere Anzahl Arbeiter
eingestellt und die zur Rundfunkindustrie gehörenden Te-
legraphen-Werke Nürnberg haben ihre Belegschaft um 40 Pro-
zent erhöht. Die Zulepinnerei und Weberei Bremen hat
über 100 Arbeiter neu eingestellt, der Eisener Bergwerks-
betriebe AG Arbeiter. Im Harzer Bergbau wurden auf ver-
schiedensten Hütten insgesamt 214 Menschen neu eingestellt,
eine Zahl, der gerade in diesen Notstandsgebieten sehr zu-
sprüchen ist.

Pariser Ausflüchte

Frankreichs Aide-mémoire

Das „Aide-mémoire der französischen Regierung zu den Forderungen Deutschlands hinsichtlich seiner militärischen Gleichberechtigung“ ist nunmehr veröffentlicht worden. Einleitend heißt es, durch die dem französischen Volkshafter gegebenen Erklärungen und Informationen sei die französische Regierung nunmehr in der Lage, sich zu den entscheidenden Punkten, die bisher zur Sprache gekommen seien, zu äußern.

Die französische Regierung begrüßt die Bereitschaft der Reichsregierung, mit allen Radikalen Maßnahmen abzusprechen; diese wären nur insoweit zweckmäßig, als sie ohne die in Kraft befindlichen Abkommen, namentlich aus dem Vordernübertrag, zu schmalen, neue Sicherheitsgarantien schaffen könnten. Durch die die Signalisierbarkeit gleichzeitig gegen jede Bedrohung ihrer äußeren Unabhängigkeit und gegen jeden Versuch der Einnischung in ihre inneren Angelegenheiten geschützt werden. Ebenso nimmt die französische Regierung mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Reichsregierung „mindestens im Prinzip“ einer an Ort und Stelle vorzunehmenden automatischen und periodischen und in ihrer Gegenseitigkeit gleichen Kontrolle zustimme; sie möchte aber wissen, ob Deutschland den im Laufe der letzten Genfer Komitee-Arbeiten — „an denen Deutschland leider nicht teilgenommen hat“ — in Aussicht genommenen Maßnahmen zustimmt. Ueber einen besonders wichtigen Punkt mußte sich aber die französische Regierung in aller Offenheit ausdrücken:

„Am gleichen Augenblick, wo das Reich unter Bedingungen, die die Regelung der gegenwärtigen Schwierigkeiten erleichtern sollten, seinen guten Willen versichert, glaubt es, auf dem Gebiet der Mächtigungen ein Programm von Forderungen aufstellen zu sollen, das den Grundrissen direkt zuwiderläuft, die die Genfer Konferenz, und zwar mit Zustimmung der deutschen Abordnung selbst, bisher anerkannt hat, und die in der Erklärung der Mächte vom 11. Dezember 1932, auf die die deutsche Regierung gern Bezug nimmt, ausdrücklich ins Auge gefaßt sind. „Aus den Angaben der deutschen Regierung gehe nämlich nicht nur hervor, daß Deutschland die Erhöhung seiner künftigen Truppenzahl auf 300.000 Mann verlange, sondern auch, daß diese Zahl bei weitem noch nicht die Gesamtzahl der Streitkräfte darstellen sollte, über die Deutschland jederzeit verfügen könnte, ohne daß eine Mobilisierungsmöglichkeit nötig wäre. Denn es komme die beträchtliche Zahl der Polizeikräfte hinzu, deren Charakter als militärische Organisation in den früheren Konferenzen anerkannt sei und deren Abschaffung trotz der erheblichen Verstärkung der ständigen Personalbestände, die sich aus dem Programm der Reichsregierung ergäbe, nicht beabsichtigt zu werden scheine. Besonders seien hinzuzurechnen die militärischen Organisationen, die seit der Wiedereingliederung des jetzigen Regimes eine Entwicklung und einen Ausbau erfahren hätten, daß sie ein unumgängliches militärisches Problem darstellen. Das Aide-mémoire erklärt weiter, daß die Angehörigen dieser Formationen mindestens zum großen Teil durch Reichswehrtruppen ausgebildet, daß sie, wenn auch nicht alle ständig bewaffnet, mindestens in der Handhabung der Kriegswerkzeuge ausgebildet seien, jederzeit zur Verfügung ihrer Führer stünden, jezt auch Kraftfahrzeugformationen, Kavallerie-Einheiten, jezt auch Panzertruppen umfassen und ihre Organisation und räumliche Verteilung den Verhältnissen beim Heere genau nachgebildet seien. Die französische Regierung müsse deshalb darauf beharren, daß die Nichtberücksichtigung solcher Formationen bei der Berechnung der Personalbestände einen angemessenen Vergleich zwischen den in Frage kommenden Streitkräften unmöglich mache. Die französische Regierung wolle ferner fest, daß die deutsche Regierung auf dem Gebiete des Kriegsmaterials zu Lande und in der Luft eine bedeutende Aufrüstung sowohl in quantitativer wie qualitativer Hinsicht verlange. Die in der Erklärung vom 11. Dezember 1932 grundsätzlich anerkannte Gleichberechtigung lege aber in ihrer praktischen und gerechten Verwirklichung eine vorherige Angleichung und Vereinheitlichung der Personalbestände voraus, und Deutschland vertrete selbst die Ansicht, daß mehrere Jahre hierzu nötig seien. Die französische Regierung fordere schließlich eine klare Versicherung über die Frage, von welchem Zeitpunkt an die Kontrolle wirksam werden soll.“

Frankreich erklärt sich zu einer Abänderung des britischen Planes in dem Sinne bereit, daß einer Herabsetzung

der französischen Streitkräfte in den ersten Jahren zeitlich eine Umänderung der jezt bestehenden deutschen Verteidigungspläne mit dem Ziele des einseitigen Zugs eines Verteidigungsheeres mit kurzer Dienstzeit und beschränkter Truppenzahl parallel läßt; d. h. der Personalbestände, die zur Verteidigung des Mutterlandes bestimmt sind. Hinsichtlich des Landkriegsmaterials will Frankreich vom Beginn des Abkommens ab den gegenwärtigen Stand seiner Bewehrungen nicht überschreiten und die Herstellung größerer Kaliber oder höherer Tonnagehöhen, als sie allen Staaten gestattet sind, verbieten.

Gleichzeitig wäre die Anwendung und Ausrüstung einer auf alle Staaten anwendbaren Kontrolle zu betreiben, die sich auf die Personalkräfte wie auf die Herstellung oder Einfuhr von Kriegsmaterial erstrecken würde. In einem zweiten Stadium des Abkommens wäre die allmähliche Abschaffung des über die jezeitigen qualitativen Grenzen hinausgehenden Kriegsmaterials vorzunehmen, ferner ebenso allmählich die Steigerung der Zuteilung des erlaubten Kriegsmaterials an die den Militärbestimmungen der Friedensverträge unterworfenen Staaten.

(In der Forderung ist also die „Probezeit“, wenn auch unausgesprochen, so doch praktisch, enthalten. Die Red.)

Die französische Regierung ist bereit, die Heereskräfte, Kaliber und Tonnagehöhen genau zu beschränken, meint aber, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zur Bestimmung dieser Zahlen allein nicht genügen könne. Schon jezt ist aber gefaßt, daß Frankreich gern in Aussicht nehmen würde, das Kaliber der allen Staaten gestatteten beweglichen Geschütze auf 15 Zentimeter herabzusetzen.

Hinsichtlich der Luftkräfte erklärt sich Frankreich zum Verbot des Bombenabwurfs unter den in der Entschärfung vom 23. Juli 1932 festgelegten Bedingungen bereit und würde bei einer allgemeinen Herabsetzung der Stärke der hauptsächlichsten Luftkrafte und bei einer wirksamen Kontrolle der zivilen Luftfahrt und der Herstellung von Luftfahrzeugmaterial eine Herabsetzung seines jezt in Dienst befindlichen Materials um 50 v. H. in Aussicht nehmen. Als Endziel sieht Frankreich immer noch die Abschaffung jeder nationalen und deren Ersetzung durch eine internationale Luftmacht.

Das Aide-mémoire polemisiert dann weiter gegen das angebliche Bestreben der Reichsregierung, bei den Unterhandlungen von der Aufrüstung auszugehen, kritisiert das Ausscheiden Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und fügt bekannte Allgemeinbemerkungen über die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung hinzu. Die französische Regierung würde es dennoch bedauern, wenn die diplomatischen Besprechungen, die die deutsche Regierung mehrfach gewünscht habe, nicht weitergeführt werden. Sie begrüßt ferner die Veränderung der Reichsregierung, daß sie jezt bereit sei, eine strittige Frage zwischen Frankreich und Deutschland auf dem geeigneten Wege gütlich zu regeln, und erklärt, daß sie diese Gütigkeit teils überlassen werde eine Prüfung der Fragen vor denen Deutschland und Frankreich zur Zeit stehen — wo nun nach dem Ausdruck des Reichstanzlers, zwischen unseren beiden Ländern keine territoriale Forderung mehr besteht — die deutsche Regierung schnell davon überzeugen, daß es sich meist nicht um französisch-deutsche, sondern um europäische Fragen handle. In diesem Zusammenhang verweist das Aide-mémoire zum Schluß noch einmal ausdrücklich auf den Völkerverbund als die Stelle, wo die Gleichberechtigung, die Deutschland so nachdrücklich fordere, ihre praktische Anwendung finde.

Giftmörderin verhaftet

Sensationelle Aufklärung eines Todesfalles.

Göttingen, 3. Februar. Die Kriminalbehörden stehen vor der sensationellen Aufklärung eines Todesfalles. Vor einigen Jahren starb in Hörde am Harz die Offizierswitwe Frau von Berkefeld, eine in der Gegend bekannte und geachtete Frau. Ihre Pflegerin, eine Frau Großkopf, machte alsbald gegen die Erben der Verstorbenen Ansprüche geltend; sie legte einen Darlehensvertrag mit Frau von Berkefeld vor, nach dem sie der Offizierswitwe angeblich 3000 Mark geliehen haben wollte, die sie nun zurückverlangte. Da die Erben Einspruch erhoben, kam es zu einer Zivilklage vor dem hiesigen Landgericht.

Als sie wieder in Berlin eingetroffen waren, mietete Harry Scholz ein Tourenauto, das sie anderntags nach Schlesien bringen sollte.

Die Fahrt durch Wälder und Felder, über Berge und durch Täler beruhigte Rosmaries Gemüt.

Von Stund an war kein Wort mehr über das Geschehene gesprochen worden.

Frau Leutke des Mädchens Gedanken ab und ließ es zuversichtlicher in die Zukunft schauen.

Er erzählte von seiner Mutter, und das Bild einer glänzenden, abgeklärten Frau entstand vor Rosmaries geistigem Auge.

Sie fuhren durch die stillen schlesischen Bergesteine und kamen endlich am Abend in das kleine Dörfchen Seeligen.

Frau Kantor Urschel Scholz sah auf der Bank vor ihrem Häuschen, das aber und über mit blühenden Rosenroten bewachsen war und hieß den Sohn und das fremde Mädchen herzlich willkommen.

Garry hatte ihr alles geschrieben.

Kein und jierlich, mit roten Wangen und milden, glänzenden Augen, stand sie im Silberhaar vor Rosmarie und nahm das Mädchen mütterlich auf.

Als Rosmarie in den Armen der alten Frau lag, da war ihr summe, als schließe ein Tor zu, das das Reich des Friedens, das Reich des stillen Glücks abschloß gegen die schimmere, laute Welt.

Der Großindustrielle Stephan von Ratt hatte keine Zeit. Obwohl Harry ihm hatte sagen lassen, daß er ihn in einer wichtigen persönlichen Angelegenheit dringend sprechen müsse, wartete er nun schon eine halbe und noch eine weitere halbe Stunde im Empfangszimmer.

Der Privatsekretär wollte wissen, um was es sich handle.

„Um eine Sache, die nur Herrn von Ratt angeht!“ Mehr konnte er nicht erfahren, und der allmächtige Chef der Ratt-Werke, eines der größten Unternehmen der Metallindustrie Deutschlands, zuckte die Achseln und ließ den Besuch warten.

Im Laufe des Prozesses wurde die überraschende Feststellung gemacht, daß die Unterfertigung der Frau von Berkefeld gefälscht war. Die Staatsanwaltschaft erhielt von dem Vorfall Kenntnis und ordnete die Ausgrabung der Leiche an. Der Leiche wurde ein solches Quantum Arsenik, daß man damit eine ganze Familie hätte umbringen können. Inzwischen wurde auch ermittelt, daß die Großkopf sich tatsächlich selbst verachtet hatte und durchaus nicht die mitleidige Frau war, die man vorstellte. Frau Großkopf wurde festgenommen und ins Göttinger Untersuchungsgefängnis gebracht.

Monarchistische Verbände aufgelöst

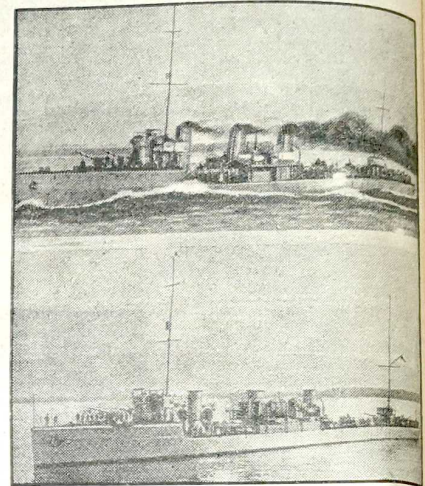
Erlaufen des Reichsministers an die Länder.

Auf Grund einer Anregung des preussischen Ministerspräsidenten hat sich der Reichsminister des Innern veranlassen gesehen, die Landesregierungen zu ersuchen, alle monarchistischen Verbände sofort aufzulösen und zu verbieten.

Die Maßnahme hätte sich erübrigt, wenn sich die Verbände der gebotenen Zurückhaltung befleißigt und auf die Pflege rein geschichtlicher Erinnerungen beschränkt hätten. Der nationalsozialistische Staat wird die historischen Dienste großer deutscher Fürsten und preussischer Könige anerkennen. Er kann es aber nicht dulden, daß dunkle Elemente in die monarchistische Bewegung hineinkommen und den Versuch machen, sie zu einer Opposition gegen den nationalsozialistischen Staat auszubauen. Schon aus Versehen verstoßen gegen Sinn und Geist des Gesetzes, die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933, das Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei als einzige in Deutschland bestehende Partei anerkannt hat.

Dienststelle des Führers der SA-R. 1 aufgehoben.

Das Stahlhelm-Bundesamt teilt mit: Gemäß Verfügung der Obersten SA-Führung ist auf Grund der angeordneten Verschmelzung der SA-R. 1 mit der SA-R. 2 Dienststelle des Führers der SA-R. 1 aufgehoben worden. Der Stabschef Röhms hat Oberlandesführer von Weizsäcker seinen Dank und eine Anerkennung für die bis dahin geleisteten Dienste ausgesprochen und ihn zur Verfügung der Obersten SA-Führung gestellt. Oberlandesführer von Weizsäcker hat gleichzeitig sein Amt als Bundeshauptmann im Stahlhelm, B. d. F., niedergelegt.



Flottenstandal in Ostland.

Gegen den Chef des ostländischen Generalstabes und Vizepräsidenten der Wehrmacht, General Teowand, werden im Zusammenhang mit dem Verkauf der beiden oben abgedruckten ostländischen Kriegsschiffe an Peru schwere Anschuldigungen erhoben. Bei dem Verkauf sind große Zwischengewinne durch die Vermittler gemacht worden.

Gutshöner Rosmarie
ROMAN VON WOLFGANG MARKEN
VERLEBTE RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG Oskar Meißner, WERDAU

(10. Fortsetzung.)

„Nein, nein!“ schrie sie auf.

„Rosmarie von Ratt ... wollen Sie weiter ständigen?“

Nein ... das werden Sie nicht tun! Was geschah, ist nicht mehr zu ändern. Aber die Zukunft liegt vor Ihnen, die können Sie selber aufbauen und neu gestalten!“

Sie starrte ihn an, als begriff sie den Sinn seiner Worte nicht.

„Was soll für mich noch kommen, jezt, da ich ... in Schande bin?“

„Was noch kommen soll? Ein Leben voll Sonne und Freude. Sie werden das Leben meistern, wenn Sie tapfer den rechten, christlichen Weg gehen. Mutterhaft ist heilig, sie ist ein Wunder. Wenn Sie sich einmal über Ihr Kind beugen werden, wenn Sie seinen Atemzügen lauschen, auf sein Lachen warten ... dann wird in Ihrem Herzen das erwachen, was für ein Weib das schäufte auf Erden ist: Muttergütlichkeit, Mutterfühllichkeit! Die werden alle guten Kräfte Ihres Geistes erwecken. Sie werden wieder Vertrauen zu sich selber finden ... und haben dann geföhnt.“

Da richtete sich das junge Menschenkind auf. Seine Augen leuchteten klar und hell.

„Ich will den rechten Weg gehen, Herr Scholz! Sie sollen die Rosmarie von Ratt wieder adäten lernen!“

Er küßte ernst ihre Rechte und sagte beglückt: „Ich danke Ihnen!“

Dann wanderten sie wieder ins Dorf zurück.

Friede und Klarheit war in das Mädchenherz eingetreten.

Bis Scholz die Geduld riß und er dem Privatsekretär gegenüber grob wurde.

„Zum Donnerwetter nochmal, das ist ja unerträglich! Glauben Sie denn, ich komme zum Spaß von Berlin nach Düsseldorf, um hier die Zeit zu vertrödeln? Meine Sache ist sehr wichtig!“

Sein jonnorez Organ drang durch die verschiedenden Zwischentüren bis zu den Ohren des Chefs.

„Herr von Ratt kennt mir wichtige Sachen,“ entgegnete gelassen der Sekretär.

„Machen Sie sich mir nicht lächerlich! Ich verlange, daß ich sofort zu Herrn von Ratt geführt werde!“

„Herr von Ratt hat eine Konferenz.“

„Da ist nicht so wichtig wie meine Sache!“

Die öffnete sich die Tür.

Stephan von Ratt, groß und statlich, eine Persönlichkeit mit energischen, harten Zügen, stand vor Garry.

„Was wollen Sie eigentlich von mir? Ich habe jezt keine Zeit!“

„Die werden Sie wohl haben müssen, Herr von Ratt!“

„Mein Herr, mich interessiert Ihre Angelegenheit nicht!“

„Herr von Ratt ... Ihre Angelegenheit ist es ... und sie ist privater Natur.“

Das sichere Auftreten des Mannes wirkte auch auf Garry.

„Bitte!“ Der Industrielle machte eine einladende Handbewegung.

Garry trat in das Allerheiligste.

Ein gnädiger Wink forderte ihn auf, Platz zu nehmen.

„Wer sind Sie?“

„Harry Scholz.“

„Und was wünschen Sie?“

„Eine private Aussprache mit Ihnen.“

„Darf ich fragen ... was Sie sind, Herr Scholz?“

„Ich bin der Lehrer Ihrer Tochter, Herr von Ratt, antwortete Garry mit großem Nachdruck.“

„Meiner ... Tochter?“ Der Industrielle war etwas erschrocken.

„Was ist mit meiner Tochter Rosmarie? Kommt sie zu den Ferien nicht nach Hause?“

„Nein!“

(Fortsetzung folgt.)

Am 4. Februar wird das deutsche Volk in Hülfe und Noth sich wieder zu dem symbolhaft gewordenen Eintopf veranlassen, um zu bezeugen, daß es gewillt ist, die von Adolf Hitler gedachte Volksgemeinschaft immer fester zusammenzuschließen. Aus einem Werbemittel zur Wintermahnung zu lesen: „In Prüfungen der Volksgemeinschaft geworden. Und Hülfe ist den Prüfungen der Volksgemeinschaft geworden. Und das gehören beide Gedanken, der des Opfers und der des Befehlntnisses, engstens zusammen; denn wenn ein Volk in seinen einzelnen Gliedern nicht bereit ist, für das große Opfer zu bringen, dann ist eine Volksgemeinschaft ohne jeden Sinne des Wortes nicht möglich. Daß jeder einzelne, der es sonst nicht nötig hätte, sich an jedem ersten Sonntag im Monat mit einem einfachen Mittagsmahl beugenig und dafür einen Beitrag für einen darbenenden Volksgenossen spendet, soll ja doch nur ein äußeres Zeichen inneren Verbundenheit aller Deutschen sein. Diese monatliche Sonntagsspende allein würde niemals in der Lage sein, das aus dem Volksgemeinschaftsgedanken heraus erwachende, in ihm verurteilte große Winterhilfswerk des nationalsozialistischen Staates zur Durchführung zu bringen. Diese Spenden wäre kein Opfer; selbst der Verdacht auf eine spende würde Mittagssmahl heißen nicht opfern. Dieser ein Sonntag im Monat soll uns aber erinnern, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit noch Großes zu vollbringen hat, an dem die Glieder des Volkes beteiliget sein können, um zu sein. Dieses große Wert des Wiederaufbaues ist aber nur erfolgreich vollendet werden, wenn die wirtschaftliche Not, das Elend, die Arbeitslosigkeit beseitigt sind. Denn nur dann kann jeder einzelne freudig und mit voller Kraft mitarbeiten. Dieses Eintopfgericht ist am Sonntag sollte uns erneut die Aufgaben ins Bewußtsein zurückrufen, die jeder einzelne von uns im neuen Staat zu erfüllen hat. Der Eintopfsonntag, das muß immer wieder betont werden, ist ein Prüfungs für den einzelnen. Es mag noch allen noch manches geben, der sich über den Sinn dieses Tages noch manches klar geworden ist, der da vielleicht meint, es komme nicht darauf an, was er an diesem Tage isst, sondern was er gibt. Diese Einstellung ist falsch. Die verträge sich nicht mit dem Volksgemeinschaftsgedanken, verträge sich nicht mit dem Sinn des Winterhilfswerks, verträge sich nicht mit dem von jedem einzelnen von uns geforderten Opfer zum Aufbau des neuen Staates. Denn nur sich nicht stinngemäß einzustellen vermag auf die Idee des Eintopfsonntags, wer bewußt eine Grenze zwischen Arm und Reich zieht, der steht nicht allem außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft, er ist kein zu ausfordernder Teil bereiter Mensch. Darum: Der Eintopf am ersten Monatssonntag ist Symbol der Volksgemeinschaft, ist Bekenntnis zur Gleichberechtigung aller Volksgenossen, ist Opfermahl zum Winterhilfswerk.

+ Das Eintopfergericht ist zum Volksbrauch geworden. Wir alle wissen, daß wir einer vom anderen abhängen und daß wir ohne die Volksgemeinschaft nichts sind. Das Eintopfergericht macht diese Tatsache für jeden Volksgenossen begreiflich. In den wenigen Monaten seit dem 1. Oktober 1933 hat sich dieser Volksbrauch bereits so sehr verurzelt, daß er wohl niemals wieder verschwinden wird. Es gibt jedoch noch immer Volksgenossen, die den Sinn des Eintopfergerichts nicht begreifen zu haben scheinen. Das Eintopfergericht hat nur dann einen Sinn, wenn es zugleich ein Opfer darstellt. Man soll sich zwar satt essen, aber man soll einfach essen und das Geld, das man dadurch spart, für die notleidenden Brüder opfern. Zuerst war überall die Beteiligung lebhaft und wuchs von Monat zu Monat. Wie es aber immer ist, so kann man auch hier beobachten, daß bei manchen Menschen das Eintopferbrot abbrennt. Nach dem Weihnachtsest ist an einigen Orten ein gewisses Nachlassen der Beiträge eingetreten. Zum Teil mag das auf Geldmangel nach den Feiertagen beruht haben. Es gibt aber zu denken, das gerade in Städten und Bezirken, in denen vorwiegend arme Handarbeiter wohnen, auch im Januar eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen war. Sie betrug z. B. in Dortmund gegenüber dem Dezember nicht weniger als 50 Prozent! Das ist ein Beweis dafür, daß der nationalsozialistische Gedanke der Volksgemeinschaft in die breiten Massen gedrungen ist und von diesem voll verstanden wird. Umso bedauerlicher ist es, wenn verschiedentlich festgestellt werden mußte, daß wohlwütige Herrschaften die Sammler abgemiesen oder mit ganz geringfügigen Beträgen abgespeist haben. Wer so handelt, stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft. Er wird ein Fremder im eigenen Vaterland. Immer sieht ihm das schlechte Gewissen im Nacken. Wenn ihm ein frohes „Heil Hitler“ entgegenkallt, dann muß er eröten, weil er dem Volkskanzler nicht die Treue gehalten hat, der ihn und seinen Volk mit dem Volksgemeinismus beschützt hat. Wenn andere frohen Mutes ihr herzhafte Eintopfergericht verzehren, dann muß er fürchten, von seinen Kindern oder von seinem Hausmädchen verachtet zu werden. Solche Menschen werden niemals Nationalsozialisten werden, und man muß sogar daran zweifeln, ob sie es überhaupt verdienen, Deutsche zu heißen. Denn das Eintopfergericht ist ein deutscher Volksbrauch geworden, dem sich niemand mehr entziehen kann.

Opfersonntag für das **W. H. W.**. Am bevorstehenden Sonntag, dem ersten im Monat Februar, soll in jedem Deutschen Hause das Eintopfgericht gegessen werden. Einmal im Monat, so will es der Züchter, soll jeder Volksgenosse auf einen an und für sich berechtigten Genuss verzichten und das so Erlaubte für das Winterhilfswerk opfern. „Ein Eintopfgericht soll 2 Familien fast machen“. Das möge sich jeder vor Augen halten, wenn die Sammlerinnen antlopfen und um das Gesehen bitten. Leider ist es häufig so, daß man mit einer klugen Ausrede die Sammlerinnen abzumäusen versucht bezw. einen so geringen Betrag gibt, daß man von einem „Opfer“ nicht mehr reden kann. Es soll aber ein „Opfer“ sein. Darum lieber Volksgenosse, der Du in guten Verhältnissen lebst, der Du ein festes Einkommen hast, denke daran: Deine Gabe soll noch eine Familie fast machen. Gib reichlich! Freue Dich daß Du noch geben kannst!

X **Öffentliche Versammlung.** Am morgigen
 Sonntag um 8 Uhr spricht im Saale „Grüner Baum“
 Pp. Gaupropagandaleiter Gerhard Kaffel über das Win-
 terhilfsnetz des deutschen Volkes. Jeder Deutsche weiß,
 Volkes seit Menschengedenken ist, er weiß aber auch, daß
 das Winterhilfsnetz nur zum Erfolg führen kann, wenn
 alle, wenn auch noch so bescheiden, an der Durch-
 führung mitthellen. Der Angekündigte Vortrag wird uns
 genaue aufschluß und Rechenschaft über das Winter-
 hilfsnetz geben. Es ergeht die Bitte, die Versammlung
 recht zahlreich zu besuchen.

+ Es kommt doch alles an den Tag. Vor längerer Zeit besuchte ein „feiner Herr“ namens Dr. Sumbro die Ww. W. von hier und gab an, daß er nicht der ältesten Sohn von der Bezgheit her kenne und ihm, da er geschäftlich hier zu tun habe, besuchen wolle. Im Verlauf des Gesprächs machte er dem 2. Sohne die schönsten Zukunftsepläne und schließlich erreichte er, daß ihm Frau W. einen fast neuen Regenmantel lieh. Dr. ... verabschiedete sich und zwar auf „Mimner Wiederbesn“. Einige Tage später teilte er durch eine Postkarte mit, daß er noch Plaster und Peilschirmwäbler sei und so in der Welt umherirte. — Dr. ... und Regenmantel waren lange vergessen, bis vor einigen Tagen die hiesige Polizei den Mantel zurückbrachte. Und das kam so, der angebliche Dr. war in Hannover verhaftet worden und bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß der Mantel nach Spangenberg gehörte. Die Hannoverische Polizei hat den Mantel dann nach hier geschickt.

— **Gerätemeisterschaften in Melsungen.** Durch die Neuordnung in der Deutschen Turnerschaft ist aus dem früheren Fulda-Ebbergau ein Kreis geworden, der aber auch weiterhin die alten Kreisgebiete Ziegenhain, Dornberg, Melsungen und Freiglar umfasst. Dieser neue Turnkreis hält nun am heutigen Sonnabend, und morgigen Sonntag in Melsungen seine alljährlich wiederkehrenden

Denke an das
Eintopf-
gericht!

JEDES EINTOPFGERICHT
MACHT ZWEI FAMILIEN SATT

aber jedesmal an einem anderen Ort auszutragenden Meisterkämpfe kämpften in den Geräten ab. Von jeder Hand das Geräteturnen im Fulda-Obdergau in hoher Blüte und auch im neuen Turnkreis wird es auf das eifrigste betrieben. Ist die Geräteeinübung doch die Grundlage für alle Verbesserung, die neben Mut und Kraft, Ausdauer und einen starken Willen erfordert. Die diesjährigen Einzelwettkämpfe beginnen am Sonnabend in der städtischen Turnhalle mit den Pflichtübungen. Anschließend werden die Kirchbälle geturnt. Ein gemüthliches Beisammensein wird den Abend beschließen. Der Wettkampf ist ein 10-Kampf. Erstmals turnen bei diesem Turnen die Altersturner mit. Der Sonntag vormittag beginnt mit dem Kreislturnturnen der Jugendturner an den Geräten. Auch hier findet ein 10 Kampf statt. Gleichzeitig findet die Kreislturnausführung statt. Tagesordnung: Die turnerische Arbeit des Fulda-Obder-Kreises im Jahre 1934 (Nichtturnen durch den Kreisoberturnwart) wird besprochen werden. Nachmittags werden im Kronensaal die Wettkämpfe Kreiseigebiet gegen Kreiseigebiet ausgetragen. Hier hat das erste Kreiseigebiet Ziegenhain die feste Aussicht. Allerdings wird Mesungen, Dornberg und Friglar alles daran setzen müssen, die Meisterschaft zu erringen. Dieser Wettkampf steht unter Leitung des Kreisoberturnwarts und wird von den Kreiseigebietturnwarten Oescheritz-Teigla und Zilcher-Walden gewertet. Es ist nun damit zu rechnen, daß viele Zuschauer die spannenden Kämpfe verfolgen.

△ **Festliches.** Am Mittwoch abend fand in der Fortschule eine Abschiedsfeier für den aus dem Dienst der Fortschule am 1. Februar scheidenden Staatsförster Hartmann statt. Der Direktor der Fortschule, Staatsoberförster Dierling würdigte in herzlichen Worten die Verdienste, die Hartmann sich um die Fortschule Espenberg erworben

hat. Der Direktor der Forstschule überreichte Hartmann als äußeres Zeichen der Anerkennung eine Schreibtisch-Barnitur, der Schulälteste als Zeichen der Dankbarkeit ein Bild von dem Jagdmaler Zimmermann.

♣ **Segelflug-Wettbewerb.** Die Spangenberg-Fliegergruppe veranstaltet am Sonntag vormittags einen Segelflugwettbewerb. Es wird in 2 Abteilungen geflogen werden, Anfänger und Fortgeschrittene. Die Leistungen sollen gegenseitig anspornen. Gestartet wird aller Waghelmheit nach am Malsberg. Wie wir weiter hören, ist im Süden fließig gearbeitet worden, die zweite Maschine ist im Rohbau fertig. Es ist eine Hochleistungs-Maschine zum Segeln. In einigen Tagen kann sie ausgefliegt werden. Wir bitten daher, unsere jungen Flieger zu unterstützen wo es irgend geht, denn in unserem Spangenberg Gelände kann noch etwas geflatter werden. Und letzten Endes wird es der Stadt auch keinen Schaden bringen.

× **Beilage.** Dieser Ausgabe unseres Blattes liegt ein Prospekt der Dr. med. F. Schültheiß W. m. b. H., Berlin W. 57, bei, dessen Beachtung wir Ihnen besonders empfehlen.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, wird die seinerzeit an den französischen Botschafter Francois-Poncet übergebene Denkschrift der deutschen Regierung am Sonnabend veröffentlicht werden.



Dann jetzt schon Leokrem
besorgen, damit die Haut nicht
Schaden leidet!

Leokrem

Öffentliche Versammlung

Am Sonntag, den 4. Februar nachmittags 3
Uhr findet im „Grünen Baum“ eine öffentliche
Versammlung statt.

Redner: Pg. Gerland-Raffel.

Thema: Winterhilfswerk des deutschen Volkes.

Diese Versammlung muß zu einer der größten Kundgebungen werden, zumal der Gaupropagandaleiter zum erstenmale zu uns spricht: Jeder Pg. ist verpflichtet, mindestens 2 Nicht-Mitglieder mit in die Versammlung zu bringen. Die Sige sind blockweise einzunehmen damit eine Kontrolle möglich ist. Der Vortrag wird für die Pg. als Schulungsveranstaltung gewertet.

Der Ortsgruppenleiter.

Zu dem für morgen Nachmittag 3 Uhr im „Grünen Baum“ vorgesehenen Vortrag von Pg. Gerland-Rassel haben die Mitglieder der Frauenschaft vollständig teilzunehmen.

Die Ortsgruppenleiterin.

Die Sammlung zum Eintopfgericht für Februar 1934 findet am Sonntag den 4. Februar statt. Die Sammler von Spangenberg und Elbersdorf empfangen Listen und Sammelbüchsen wie bisher am Sonntag früh pünktlich 9 Uhr; Ablieferung am gleichen Tage nach beendgter Sammlung.

Den übrigen Stützpunkten werden die Listen und Sammelbüchsen zugestellt. Ablieferung spätestens am Montag.

Gesangverein „Viedertafel“ Spangenberg.
Montag Abend ½9 Uhr Gesangsstunde.

Medicinaler Sonntagsdienst

Sonntag, den 4. Februar Dr. med. Koch.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 4. Februar 1934

Sexagesima.
Gottesdienst in:
Spangenberg.

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann

Vormittags 11¼ Uhr: Kinder-gottesdienst

Nachmittags 1/2 2 Uhr: Pfarrer Göbendorfer
(Göbendorfer)

Elbersdorf.
Mittwoch 4 11 Uhr: Pfarrer Göbendorf

Vormittags ½ 11 Uhr: Plattee Dognhofer
Schneefröde

Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann

Landefeld:

Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Vollenand.

Kirchliche Vereine

Montag abend 8 Uhr: Mütterverein

Dienstag abends 8 Uhr: Evang. Jung-Mädchenschar im Stift

Donnerstag abend 8 Uhr: Evang. Frauenhilfe

Pfarrhaus 1

Die Gründung erfolgt am Montag, den 6. Februar
abends 8 Uhr in der Gastwirtschaft H. Stöhr Marktplatz.
Alle Pferdebesitzer und Bauernsöhne werden zu dieser Ver-
sammlung eingeladen.